

Arbeitslose Männer für Rechtsextremismus empfänglich - FDP und Grüne Parteien der Besserverdiener

Bericht: Uni Leipzig

Arbeitslosigkeit ist dazu angetan, vor allem Männer in die Arme von Rechtsextremisten zu treiben: 33 Prozent der Wähler von NPD, Republikanern und DVU sind nach einer repräsentativen Studie der Selbständigen Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig arbeitslos. Und fast zwei Drittel (63,6 Prozent) der Anhänger der rechtsextremen Parteien sind Männer. Allerdings haben die meisten Arbeitslosen der Studie zufolge nicht die Absicht, zur Wahl zu gehen; 29,7 Prozent sind nach eigenen Angaben Nichtwähler. Wenn sich Arbeitslose jedoch für eine der im Bundestag vertretenen Parteien entscheiden, hat die SPD mit 22,7 Prozent die Nase vorn, während CDU/CSU und DIE LINKE mit 13,4 und 12,8 Prozent deutlich dahinter liegen.

Für die Studie wurden im Auftrag der Universität Leipzig im Sommer 2009 insgesamt 2512 Ost- und Westdeutsche im Alter von 14 bis 94 Jahren zu sozial- und medizinpsychologischen Themen befragt. Im Rahmen der Studie wurde auch die "Sonntagsfrage" nach den Wahlabsichten bei der kommenden Bundestagswahl erhoben. Dadurch wurde es möglich, Zusammenhänge von Parteipräferenzen mit soziodemografischen Daten wie Haushaltseinkommen, Arbeitslosigkeit, Geschlecht oder Bildungsstand darzustellen.

Dabei kam auch heraus, dass nicht nur bestehende Arbeitslosigkeit die Wähler der extremen Rechten zutreibt, sondern bereits die Sorge um den Arbeitsplatz zu Sympathien für die Rechtsextremisten führt. Aber auch bei den Anhängern der FDP finden sich der Studie nach vergleichsweise viele mit der Sorge um den Arbeitsplatz, während Wähler der Grünen am wenigsten Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes haben. Dies mag mit dem Bildungsstand zusammenhängen: Knapp ein Drittel der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen haben Abitur (31,5 Prozent), bei den Wählern von NPD, Republikanern und DVU sind es dagegen nur 9,1 Prozent. Nur bei den Nichtwählern haben mit 6 Prozent noch weniger Personen diesen höchsten in Deutschland möglichen Schulabschluss.

Wie die Studie ergab, gelten FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu Recht als die Parteien der so genannten "Besserverdienenden". Ihre Wähler haben zu 49,2 (FDP) beziehungsweise 47,2 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen) ein Haushaltseinkommen von mehr als 2000 Euro. Im Gegensatz dazu haben die rechtsextremen Parteien am meisten Zulauf von finanzschwachen Haushalten; nur 25,8 Prozent der Wähler der NPD, Republikaner oder DVU verfügen ein Haushaltseinkommen von mehr als 2000 Euro.

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass sich am ehesten die Wähler der Partei DIE LINKE (54,9 Prozent) und der rechtsextremen Parteien (51,5 Prozent) keiner Konfession angehörig fühlen. Am

meisten Christen finden sich in der Anhängerschaft der CDU/CSU (42,3 Prozent katholisch, 43,4 Prozent evangelisch).

Während, wie geschildert, 63,6 Prozent der Anhänger rechtsextremer Parteien Männer sind, ist das Geschlechterverhältnis bei den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen fast umgedreht und liegt bei 60,3 Prozent Frauen. Auch die Nichtwähler sind mehrheitlich Frauen (59,5 Prozent). Am ausgeglicheneren ist das Geschlechterverhältnis bei Anhängern der FDP (49,2 Prozent Männer/50,8 Prozent Frauen) und bei Wählern von DIE LINKE (51,6 Prozent Frauen/48,4 Prozent Männer). Während die Zahlen aus diesem Sommer mit den Daten einer Untersuchung aus dem Jahr 2006 prinzipiell vergleichbar sind, zeigt sich bei den Wählern der rechtsextremen Parteien eine bemerkenswerte Veränderung: Bei ihnen hat sich der Anteil der Frauen in der Wählerschaft von 26,5 Prozent im Jahr 2006 auf heute 36,4 Prozent stark erhöht.

Ost/West: LINKE einzige Partei mit absolut mehr Anhängern im Osten

Mehr als 80 Prozent der Wähler von FDP (84,8), Grünen (82,6), SPD (81,9) und CDU/CSU (81,3) sowie fast 70 Prozent der Wähler rechtsextremer Parteien (69,7) kommen aus Westdeutschland. Die einzige Partei, die im Osten mehr Wähler hat als im Westen, ist DIE LINKE: Fast 60 Prozent (58,8) der Anhänger kommen aus dem Osten. Im Vergleich zur Untersuchung von 2006 zeigt sich, dass alle Parteien mit Ausnahme von DIE LINKE im Osten zulegen konnten. Dafür kann die PDS durch den Zusammenschluss mit der WASG unter dem neuen Namen DIE LINKE im Westen deutliche Stimmgewinne verzeichnen.

*Tobias D. Höhn
Pressestelle Uni Leipzig
2009/247 v. 18.09.2009*

Quelle: http://www.zv.uni-leipzig.de/service/presse/pressemitteilungen.html?ifab_modus=detail&ifab_id=3492

Pressestelle

Tobias D. Höhn
Ritterstraße 26
04109 Leipzig
Telefon: +49 341 97-35021
Telefax: +49 341 97-35029

Weitere Infos:

Prof. Dr. Elmar Brähler
Telefon: +49 341 97-18800

[E-Mail](#)

Dipl.-Psych. Dirk Hofmeister
Telefon: +49 341 97-18812

[E-Mail](#)

komplette Studie lesen:

http://medpsy.uniklinikum-leipzig.de/pdf/presse_sonntagsfrage.pdf